



# Schifffahrt

## Verkehrsbeschränkungs-Verfügung (Schifffahrt)

Das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt des Kantons Bern, gestützt auf Artikel 3, Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 1975 über die Binnenschifffahrt sowie Artikel 2, Absatz 3 und Artikel 3, Absatz 1 des Gesetzes vom 19. Februar 1990 über die Schifffahrt und die Besteuerung der Schiffe (Schifffahrtsgesetz),

**v e r f ü g t:**

### Verwaltungskreis

Interlaken-Oberhasli

### Gemeinde

Brienz

### Gewässer

Aare, Aareggbrücke (Seestrasse)

### Massnahme

Aufstellen der Signale B.5 (Gebot, besondere Vorsicht walten zu lassen) 200 m oberhalb der Aareggbrücke sowie C.2 (Beschränkte Durchfahrtsbreite). Montieren von zusätzlichen Blinklampen oberhalb der Brückenüberquerung.

### Grund

Durchführung von Geschiebetransport-Versuch in der Aare bei der Aareggbrücke.

### Dauer

Vom Aufstellen bis zum Entfernen der Signale; voraussichtlich Ende Januar bis Ende April 2025.

**Einer allfälligen Beschwerde wird die aufschiebende Wirkung entzogen!**

Diese Verfügung tritt, nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt des Kantons Bern und im entsprechenden Anzeiger, in Kraft.

**STRASSENVERKEHRS- UND  
SCHIFFFAHRTSAMT**

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit der Eröffnung schriftlich und begründet Beschwerde bei der Sicherheitsdirektion des Kantons Bern erhoben werden. Die Beschwerde ist in deutscher oder französischer Sprache abzufassen. Eingaben müssen vor Ablauf der Frist der Rechtsmittelinstanz, der schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden.

Die Beschwerde ist an folgende Adresse zu richten:  
Sicherheitsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Kramgasse 20, 3011 Bern

Beschwerden ohne Originalunterschrift (z.B. Fax- oder E-Mail-Eingaben) sind nicht rechtsgültig.

Gegen den Entzug der aufschiebenden Wirkung (Zwischenverfügung) kann innerhalb von 30 Tagen selbständig Beschwerde erhoben werden. Diese Beschwerde hat von Gesetzes wegen, keine aufschiebende Wirkung. Beschwerde ist jeweils nur gegen die erstmalige Eröffnung einer Verfügung zulässig.